

Kurzinformationen

zusammengestellt von Thomas Stukenberg

Arun III weiterhin umstritten

Das u.a. mit Mitteln der Weltbank, aus Japan sowie der Bundesrepublik in Höhe von 770 Millionen US-Dollar unterstützte Wasserkraftprojekt Arun III bleibt umstritten. Während die Bundesregierung schon im Juni 1993 sich vertraglich zur Unterstützung von Arun III mit 120,7 Millionen DM verpflichtete (siehe 'Südasiens' 5-6/93), hält sich die Weltbank mit endgültigen Zusagen zurück. Nach einer ersten Umweltstudie aus dem Jahre 1990 hat die Weltbank nun den 'King Mahendra Trust for Nature Conservation' (KMTNC) mit einer Aktualisierung der Studie "Environmental Management and Sustainable Development in the Arun Basin" beauftragt. Um die Kosten des Projekts zu reduzieren, ist es schon auf eine geplante Kapazität von 201 Megawatt heruntergefahren worden, was ihm den Namen "Baby Arun" eingetragen hat.

Doch allein die 117 Kilometer Straßen, die gebaut werden müssten, um die verschiedenen Teile des Projektes zu verbinden, sind das teuerste jemals in Nepal durchgeführte Straßenbauprojekt. Der regionale Repräsentant der Weltbank, Dr. Joe Manickavasagam, verteidigte die Zurückhaltung der Weltbank, die nach wie vor mit ökonomischen Durchführbarkeitsstudien beschäftigt ist: "Wir sind eine große Institution, in der es für manche Entscheidungen Zeit braucht" - doch Zeit ist für alle Beteiligten eine teure Ressource.

Inzwischen haben 'INHURED International' und die 'Arun Concerned Group', zwei zu Menschenrechts-, Ökologie- und Entwicklungsfragen arbeitende nepalische NGOs, beim Obersten Gerichtshof in Kathmandu eine Eingabe eingereicht, in der sie das Recht auf vollständige Information über Arun III fordern. Die NGOs kritisieren insbesondere die zu erwartenden ökologischen Schäden: Gefährdung der Restwaldbestände sowie den zu hohen Anteil von Auslandskapital

und ausländischen Führungskräften, der Nepal in zunehmende Abhängigkeit vom Ausland treiben werde. Die 'Alliance for Energy' fordert statt der geplanten Großprojekte im Arun-Tal, die ohnehin den nepalischen Elektrizitäts-Bedarf bei weitem übersteigen, also wieder auf Energie-Exporte und ökologisch fragwürdige Industrialisierung angelegt sind, eine dezentrale, demokratisch kontrollierte Energiepolitik.

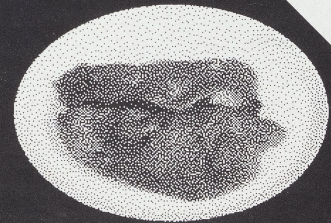
Doch Kleinprojekte werden von der verantwortlichen 'Nepal Energy Authority' vernachlässigt. Ende Juni 1994 reiste eine hochrangige Delegation von Mitarbeitern des BMZ, der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) nach Kathmandu, um unter anderem mit Arun-Gegnern zu sprechen. Die Bundesregierung will über weitere Mittelzusagen erst entscheiden, nachdem sie die Berichte von KfW, Weltbank und KMTNC erhalten sowie die Argumente der Arun-Gegner berücksichtigt hat. Ein internationales Hearing der Arun-Gegner ist am 28. Juni 1994 in Washington durchgeführt worden. An der Zustimmung der Weltbank, die Ende Juli in Washington zu einer entscheidenden Sitzung zusammenkommt, wird jedoch kaum gezweifelt (weitere Informationen: 'Nepal Informationen', Deutsch-Nepalische Gesellschaft e.V., Postfach 190327, 50500 Köln)

Internationale Menschenrechtsorganisationen in Nepal und Bhutan

Vertreter der Genfer Menschenrechtsorganisation 'International Movement against all forms of Discrimination and Racism' (IMADR) und des 'Peoples Forum for Human Rights Bhutan' (PFHRB) besuchten im Mai Flüchtlingslager in Nepal und an der indisch-bhutanesischen Grenze. Einen detaillierten Bericht und ein Video über ihren Besuch will die Delegation bei der im August in Genf tagenden UN-Unterkommission zu Menschenrechten vorlegen.

Der finnischen Organisation

'Finnish Guild of Travel Writers' (FGTW) wurden dagegen Visa nach Bhutan verweigert. Die FGTW hatte Treffen mit Tourismus- und Entwicklungsorganisationen geplant. "Bhutan läßt nur sorgfältig ausgewählte Journalisten ins Land, die die Gewähr bieten, nicht negativ über das autoritäre Regime zu berichten", betont ein Sprecher der FGTW (zu Menschenrechten in Bhutan siehe 'Südasiens' 4-5/94).



Fleisch, ein Stück Lebenskraft?

Nicht für die afrikanischen Viehzüchter ...

denn europäische Rindfleischexporte zerstören mit ihren billigen Preisen die einheimischen Märkte in Afrika. Gegen die Subventionen der EG können die afrikanischen Viehzüchter nicht konkurrieren. Sie verlieren ihre Existenz.

Unterstützen Sie unseren Einsatz für das Recht der afrikanischen Bevölkerung, sich selbst zu ernähren.



Internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht, sich zu ernähren

Spendenkonto: 10 90 000, Sparkasse Herne (BLZ 432 50 30) · Weitere Informationen (gegen 3,- DM in Briefmarken) bei: FIAN · Overwegstr. 31 · 44625 Herne